Mehr Resilienz wagen

Für ein erweitertes Verständnis der wehrhaften Demokratie

Sabine Kropp

Prof. Dr. Sabine Kropp ist Professorin für Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin und leitet dort den Arbeitsbereich Politisches System der Bundesrepublik Deutschland.

Die deutsche Demokratie durchlebt schwierige Zeiten. Auf die im Jahr 2026 anstehenden Landtagswahlen folgen voraussichtlich komplizierte Regierungsbildungen. Populistische und extremistische Parteien könnten insbesondere in Ostdeutschland als stärkste Kraft hervorgehen oder zumindest so umfassend in den Landesparlamenten repräsentiert sein, dass die programmatisch heterogenen Parteien im demokratischen Spektrum in sich fragile Koalitionen eingehen müssen. Selbst wenn Letzteres gelingen sollte, ist nicht ausgeschlossen, dass die bestehende Verfassungsordnung einem Stresstest ausgesetzt wird, der die Handlungsfähigkeit des demokratischen Rechtsstaats ausgerechnet in Krisenzeiten weiter schmälert. Somit mehren sich die Vorschläge, wie man die Verfassungsordnung »wetterfest« ausgestalten kann.

Die Debatte über den Umgang mit autoritär-populistischen Kräften wird zumeist mit dem Argument geführt, die Demokratie müsse »wehrhaft« sein. Dieses Konzept hat in Deutschland eine lange Vorgeschichte. Von Karl Loewenstein bereits 1937 im US-amerikanischen Exil konzipiert, fanden Elemente wie das Parteienverbot, die Grundrechtsverwirkung oder der Bundeszwang nach Kriegsende Eingang in das Grundgesetz. Die junge bundesdeutsche Demokratie sollte gegen ihre inneren Feinde mit einem scharfen Schwert ausgestattet werden.

Diese Idee ist jedoch defensiv und reaktiv ausgelegt, geht es ihr doch zuvörderst darum, die Feinde der Demokratie abzuwehren. Entsprechende Maßnahmen sind auf Verbote und die Ausgrenzung von Verfassungsfeinden gerichtet. Gleichzeitig vermischt sich diese Debatte mit der in Deutschland tief verwurzelten Einstellung, man könne politische Probleme vorrangig mit den Mitteln des Rechts lösen.

Die Instrumente der »Wehrhaftigkeit« sind im Einzelfall sinnvoll, um den demokratischen Rechtsstaat rechtzeitig vor dem Übergang in einen autoritären Willkürstaat zu bewahren.

»Staatsmodernisierung und institutionelle Anpassungen des demokratischen Rechtsstaats müssen den Spagat bewältigen, einerseits die Demokratie »wehrhaft« zu sichern und andererseits eine leistungsfähige Politik zu ermöglichen.«

Allerdings machen sie die demokratische Ordnung nicht unbedingt resilienter. Resilienz bedeutet, dass sich Institutionen an neue Herausforderungen anpassen können, ohne die demokratische Substanz aufzugeben. Veränderungsfähigkeit, nicht nur die Abwehr von Verfassungsfeinden, ist demzufolge der Schlüssel zur widerstandsfähigen Demokratie. Nur wenn Institutionen flexibel, vorausschauend und anpassungsfähig agieren können, sind sie in der Lage, die anhaltenden und sich überlagernden Krisen und Herausforderungen der Gegenwart zu meistern. Die Bürger erwarten von ihren gewählten Repräsentanten eben nicht zuletzt die Lösung gesellschaftlicher Probleme.

Das Kernargument lautet somit: Staatsmodernisierung und institutionelle Anpassungen des demokratischen Rechtsstaats müssen den Spagat bewältigen, einerseits die Demokratie »wehrhaft« zu sichern und andererseits eine leistungsfähige Politik zu ermöglichen. Ansonsten erzielen demokratische Institutionen keine dauerhafte demokratische Legitimität.

Damit verbunden sind drei Überlegungen. Erstens werden neue Regeln eher akzeptiert, wenn sie keinen unmittelbaren zeitlichen Anwendungsbezug aufweisen. Idealerweise sind sie also nicht nur kurzfristig gegen eine extremistische politische Kraft gerichtet, sondern gewährleisten gleichzeitig eine langzeitliche Fähigkeit zur Problemlösung. Zweitens sind gründliche Folgenabschätzungen unverzichtbar, um zu vermeiden, dass veränderte Entscheidungsregeln Wirkungen erzeugen, die ihre ursprünglichen Ziele ins Gegenteil umkehren. Da sich die Mehrheitsverhältnisse in den Parlamenten schneller denn je verändern, können solche kontraproduktiven Effekte nicht ausgeschlossen werden. Drittens bedarf es einer ehrlichen Kommunikation der politisch Verantwortlichen. Schnelle Problemlösungen sind in komplexen Krisenlagen unrealistisch. Der Demokratie verpflichtete Repräsentanten sollten insofern keine kurzfristigen Versprechungen abgeben, sondern glaubhaft verdeutlichen, dass sie Politik als kontinuierliche Arbeit an öffentlichen Aufgaben begreifen.

Angesichts der Mobilisierungserfolge autoritärer Populisten und der wachsenden Bindung der Wähler an extreme Parteien bietet all dies zwar keine Gewähr zum Besseren. Gleichwohl könnten so die Vorzüge des demokratischen Rechtsstaats wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

»Mein Name ist Tina Maier-Schneider, wissenschaftliche Referentin beim RHI. Alle zwei Wochen neu können Sie mich im persönlichen Gespräch mit namhaften Expert*innen hören. Zu den Podcasts geht's hier direkt per Klick oder QR-Code.«